

Niederschrift

über die Sitzung des Sitzungskennziffer:	Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt XVI / 34
Tag der Sitzung:	Donnerstag, 13.12.2012
<u>Ort der Sitzung</u>	Rathaus, Ratssaal
Dauer:	18:00 Uhr bis 18:55 Uhr
Unterbrechungen:	Keine
Anwesende:	sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)
Vorsitz:	Herr Josef Hansen
Schriftführerin:	Frau Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung und stellt sodann die Beschlussfähigkeit fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Änderungen bzw. Ergänzungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung entsprechend der 1. geänderten Fassung der Einladung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt;
hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Nutzungsänderung im Dachgeschoss eines vorhandenen Gebäudes von zwei Gewerbeeinheiten in Wohnnutzung;
hier: Kaiserplatz 5

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben -

- 3.2 Nutzungsänderung ehemals landwirtschaftlich genutzter Räume in Wohnnutzung im Erdgeschoss;
hier: Birkengangstraße 175
- 3.3 Ausbau des Dachgeschosses zu Wohnzwecken, Umsetzen einer vorhandenen Garage;
hier: Birkengangstraße 177
4. Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen;
hier: Planungsauftrag,
Ausschreibung von Planungs- und Gutachterleistungen,
Aufstellungsbeschluss zur 98. Änderung des FNP gem. § 2 Abs. 1 BauGB
5. Bebauungsplan Nr. 16 "Liester Teil IV" - 2. Änderung Bereich Sportplatz Rotsch und 99. Änderung FNP;
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 1 Abs. 3 BauGB
6. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage
7. Fahrplanmaßnahmen im Bereich Venwegen / Breinig (Linie 61)
8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Es wurden keine Fragen an den Vorsitzenden bzw. die Verwaltung gerichtet.

2. Entwicklungskonzept Talachse Innenstadt:
hier: Sachstand und weiteres Vorgehen

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende, Herr Hansen, Frau Lüke und Herrn Bode vom Ing.-Büro Bonn. Anhand einer Beamerpräsentation, welche der Verwaltungsvorlage bereits beiliegt, erläutert Herr Bode die Spannweite des Gesamtprojektes bis zur heutigen Beschlussempfehlung an den ASVU.

Für die Koalition aus SPD und CDU hebt RM Engels, SPD, die heutige Vorlage mit ihren Entscheidungsempfehlungen, welche Auswirkungen auf die nächsten zwei Jahrzehnte haben werde, lobend hervor. Unbestritten seien in der Innenstadt aus den vergangenen Jahrzehnten Fehlentwicklungen und gestalterische Mängel zu beklagen. Auch in dieser Hinsicht begrüße er das vorliegende Handlungskonzept. Mit diesem werde der Bevölkerung aufgezeigt, dass die Innenstadt eine Lobby mit entsprechender Perspektive habe. Zu Punkt 3. des Beschlussvorschlages bitte er, die Wörter "...im 2. Halbjahr..." gegen "Anfang" zu ersetzen. Er begründet seine Anregung mit den Anfang 2013 beginnenden Haushaltsberatungen.

In diesem Kontext bittet RM Kirch, CDU, der sich den Worten seines Vorredners vollinhaltlich anschließt, zur Vermeidung von Formfehlern im 1. Absatz die Gesetzesgrundlage mit richtig § 11 Abs. 6 Nr. 11 BauGB zu berichtigen. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. In den letzten drei Monaten sei ein "strammes Tempo" vorgegeben worden.

Die 3. stv. Bürgermeisterin Krings, B'90/Grüne, erkundigt sich nach dem weiteren Projekt-Fortgang, wenn es der Stadt trotz aller Bemühungen nicht gelänge, die finanziellen Voraussetzungen zu schultern.

Herr Pickhardt, FB 1, antwortet, dass dann nur die Rahmenbedingen, wie z.B. Schaffung von Planungsrecht, geleistet werden können.

RM Engels, SPD, interessiert die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des in Absatz 4 des Beschlussvorschlages aufgeführten Beschlussmonitorings.

Hierzu führt Herr Pickhardt, FB 1, aus, dass alle Beschlüsse zur Stadtentwicklung mit dem Innenstadtkonzept abgeglichen werden und Bauleitpläne und andere planerische Entscheidungen, ggf. auch außerhalb der Innenstadt, im Einklang mit dem Innenstadtkonzept stehen sollten. Dies geschieht informell, d.h. es gibt kein formalisiertes Verfahren hierzu.

Ausschussmitglied Hennig, CDU, lobt, dass in kritischen Innenstadtbereichen endlich mit der Bauleitplanung begonnen werde. Er erkundigt sich, welche kurzfristigen, kostenneutralen Maßnahmen als sichtbares Zeichen für die Bevölkerung (es geschieht was) angelassen werden können. Auch bitte er, das Konzept publik zu machen.

Herr Pickhardt verweist auf die von Herrn Bode aufgezeigten Markierungsmaßnahmen in der Rathausstraße. Darüber hinaus könne er derzeit keine kostenneutralen baulichen Projekte erkennen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden bedankte sich der Vorsitzende, Herr Hansen, bei Frau Lüke und Herrn Bode und stieg unter Einbeziehung der beantragten Änderungen (Abs. 1. und 3.) in die Abstimmung über den Beschlussvorschlag ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat bei einer Stimmenthaltung (FDP) wie folgt Beschluss zu fassen:

- 1) Der Abschlussbericht des Integrierten Entwicklungskonzeptes Talachse Innenstadt wird als städtebauliches Entwicklungskonzept i.S.d. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB Grundlage für zukünftige stadtentwicklungsrelevante Entscheidungen.
 - 2) Der strategische Fahrplan wird Grundlage für das weitere Handeln in den kommenden Jahren.
 - 3) Die inhaltlichen Beratungen zur Umsetzung der im Entwicklungskonzept formulierten Maßnahmen werden Anfang 2013 zwecks Vorbereitung eines Förderantrages wieder aufgenommen und die notwendigen Mittel bei den Haushaltsberatungen für 2014 eingeplant.
 - 4) Die Berücksichtigung der im Entwicklungskonzept formulierten Zielsetzungen ist anhand eines "Beschlussmonitorings" im Rahmen sonstiger städtischer Entscheidungen zu überprüfen.
 - 5) Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren zur Änderung der Bebauungspläne für den Bereich Steinweg im Sinne der Zielsetzungen des Entwicklungskonzeptes anzulassen.
 - 6) Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren zur Aufhebung der Sanierungsgebiete als Voraussetzung für die Änderung der Bebauungspläne für den Bereich Steinweg einzuleiten.
 - 7) Die Verwaltung wird beauftragt, die Gestaltungssatzung für den Bereich Oberstolberg im Rahmen der Bauleitplanverfahren in Abstimmung mit der Denkmalbehörde inhaltlich zu überprüfen.
3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist:

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Nutzungsänderung im Dachgeschoss eines vorhandenen Gebäudes von zwei Gewerbeeinheiten in Wohnnutzung;
hier: Kaiserplatz 5

Auf Nachfrage von RM Kirch, CDU, räumt Herr Pickhardt ein, dass Maßnahme bereits umgesetzt sei und es sich um eine nachträgliche Genehmigung handle. Die Herren Kirch, CDU, und Engels, SPD, bitten die Verwaltung daraufhin, diese Sachverhalte zukünftig auch in der Verwaltungsvorlage zu erwähnen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt

einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben -

3.2 Nutzungsänderung ehemals landwirtschaftlich genutzter Räume in Wohnnutzung im Erdgeschoss;
hier: Birkengangstraße 175

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

3.3 Ausbau des Dachgeschosses zu Wohnzwecken, Umsetzen einer vorhandenen Garage;
hier: Birkengangstraße 177

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

4. Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen;
hier: Planungsauftrag.

Ausschreibung von Planungs- und Gutachterleistungen,
Aufstellungsbeschluss zur 98. Änderung des FNP gem. § 2 Abs. 1 BauGB

RM Engels begrüßt für die SPD-Fraktion, dass die Stadt Stolberg mit der Ausweisung neuer Flächen die Thematik "Erneuerbare Energien" aktiv angehe.

Die 3. stv. Bürgermeisterin Krings zeigt sich für die Bündnisgrünen sehr erfreut darüber, dass der gemeinsame Antrag im Ausschuss auf breiten Schultern mitgetragen werde.

Beschluss:

- A. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen bei einer Gegenstimme (FDP) zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss und Rat im gleichen Stimmenverhältnis, die Verwaltung mit der Ausschreibung der Leistungen für die Erstellung einer Artenschutzprüfung Stufe 2, der Erarbeitung eines gesamträumlichen Plankonzeptes und der Änderung des Flächennutzungsplanes zwecks Prüfung, ob die Darstellung von zusätzlichen Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet möglich ist, zu beauftragen.**
- B. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt Hauptausschuss und Rat im gleichen Stimmenverhältnis weiter, den Aufstellungsbeschluss für die 98. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen.**

5. Bebauungsplan Nr. 16 "Liester Teil IV" - 2. Änderung Bereich Sportplatz Rotsch und 99. Änderung FNP;
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 1 Abs. 3 BauGB

Für die Koalition aus SPD und CDU begrüßt RM Engels, SPD, die heutige Beschlussfassung überaus. In sehr guter Baulage sei es durch die Fusion der Fußballvereine "Stolberger SV" und DJK Frisch-Froh Stolberg" gelungen, mit der anstehenden Baulandvermarktung Mittel zu akquirieren, die den Sportvereinen zugute kämen.

RM Kirch, CDU, teilt die Freude mit seinem Ratskollegen. Er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und sieht mit der heutigen Beschlussfassung ein positives Signal an die Sporttreibenden und in die Stadtentwicklung gesetzt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ausführungen einmütig zur Kenntnis. Er empfiehlt Hauptausschuss und Rat einstimmig, den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 16 "Liester Teil IV" - 2. Änderung- sowie die 99. Änderung des FNP im Bereich Sportplatz Rotsch zu fassen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB. Der Flächennutzungsplan ist gem. § 13a Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

6. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Informationsvorlage bezüglich der Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

7. Fahrplanmaßnahmen im Bereich Venwegen / Breinig (Linie 61)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Hansen Herrn Büttner-Zedlitz, der dem Ausschuss bei Bedarf als Vertreter des ASEAG gerne Rede und Antwort stehe.

Für die Koalition aus SPD und CDU lobt RM Konrads, CDU, die von der Verwaltung erstellte Vorlage und den darin aufgezeigten Abwägungsprozess. In seinem Resümee geht er darauf ein, dass die Linie 1 nicht gekappt werden dürfe, da hierdurch die Ortsteile Gressenich und Schevenhütte abgebunden würden. Die Linie 42 als Ersatz heranzuziehen, könne auch nicht verfolgt werden, weil dann Königreich, Ellerberg, Gressenich und Schevenhütte nicht bedient würden. Außerdem fahre die Linie 42 im Blockverkehr nicht nach Mausbach und Gressenich. Im Bereich Donnerberg seien die Linien 42, 48 und 78 so vernetzt, dass ein Wegfallen einer Linie zur Zeit nicht sinnvoll erscheine. Es wäre sonst eine komplizierte neue Planung erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Anbindung zum Friedhof Bergstraße für Schwerbehinderte.

Somit sei die Maßnahme "Linie 61" aus Venwegen bis Breiniger Heide zu führen, dort Umstieg in Linie 42 vorzusehen die sinnvollste Lösung und die, die Fahrgäste am

wenigsten belastende Lösung.

Den Ausführungen von RM Konrads widerspricht der Linkenfraktionsvorsitzende Prußeit. Er beklagt mit Vehemenz das neuerliche Zusammenstreichen von Wagenkilometern und damit einhergehend weitere Einschränkung im ÖPNV für den Bürger. Allerorten werde die Stärkung des ÖPNV in den Fokus gerückt und als zukunftsweisend herausgestellt. Er beklage, dass in Stolberg gegenteilig verfahren werde. Seine Fraktion werde den heutigen Vorschlag ablehnen. Er bitte seine Ratskollegen, dies auch zu tun.

Auch die Herren Konrads, CDU, und Engels, SPD, beklagen die Reduzierung von Wagenkilometern und Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr. Dieser Umstand sei einzig der schwierigen finanziellen Lage der Stadt geschuldet und bei den aufgezeigten Alternativen, die vertretbarste Lösungsvariante. Herr Konrads widerspricht der Behauptung Herrn Prußeits, der ÖPNV wäre in Stolberg in den vergangenen Jahren „zusammengestrichen“ worden. Das Gegenteil sei der Fall. Er zählt verschiedene Ausbaumaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung auf, die in den letzten Jahren eingeführt wurden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, bedankte sich Herr Hansen bei Herrn Büttner-Zedlitz für dessen Anwesenheit und stieg alsdann in die Abstimmung über den Beschlussvorschlag ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt bei einer Gegenstimme (LINKE), ab dem Fahrplanwechsel "Sommer 2013" die Linie 61 (Stolberg Hbf.-Breinig-Venwegen-Roetgen) nur noch ab Breinig in Richtung Roetgen verkehren zu lassen (Vorschlag Nr. 4 der, der Verwaltungsvorlage beigefügten Anlage). Die drei Schülerfahrten sollen unverändert bleiben.

8. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt zeigt sich der Ausschussvorsitzende, Herr Hansen, sehr enttäuscht, dass Herr Helmut Hersch, der zum Ende des Monats in den wohlverdienten Ruhestand tritt, heute nicht an seiner letzten Sitzung des ASVU teilgenommen hat. In Abwesenheit bedankt sich Herr Hansen bei Herrn Hersch für dessen kompetente und hervorragende Arbeit und hebt darüber hinaus dessen hohe menschliche Kompetenz hervor. Er bittet Herrn Pickhardt, das Lob und die guten Wünsche des Ausschusses an Herrn Hersch zu übermitteln und ihm für seinen persönlichen Lebensweg alles erdenkliche Gute zu wünschen. Die Ausschussmitglieder würdigen den Dank mit Beifall.

8.1 Herr Pickhardt, FB 1, informiert den Ausschuss über die Möglichkeit, die Haltestelle Dachsweg mit geringen Mitteln (nach Abzug der Förderung rd. 2.600,- €) im Rahmen der Umgestaltung Sebastianusstraße barrierefrei umzubauen. Die Maßnahme [Anlage 2) zur Niederschrift] findet im Ausschuss einstimmige Zustimmung. Auf eine separate Verwaltungsvorlage verzichtet der Ausschuss ausdrücklich.

- 8.2 Auf Nachfrage von RM Kirch, CDU, teilt Herr Kistermann, FB 2, mit, dass die Straßenbeleuchtung im Neubaugebiet Donnerberg voraussichtlich mit dem Straßenendausbau in 2013 ausgeführt werde. Er könne dem Ausschuss aber berichten, dass das Gebiet kurzfristig mit drei zusätzlichen Leuchten ertüchtigt werde.
- 8.3 RM Jussen, SPD, erkundigt sich nach dem Sachstand "Feuerwehrgerätehaus Mausbach". Hierzu teilt Herr Kistermann, FB 2, mit, dass er dem BVA in der Januarsitzung die Vergabe für die Abbrucharbeiten unterbreiten werde. Herr Pickhardt, FB 1, ergänzt, dass die Vereine das Gebäude, obwohl die Kündigung zum 31.12.2012 ausgesprochen wurde, bis zum Abbruch weiter nutzen könnten.
- 8.4 RM Engels, SPD, bittet Herrn Pickhardt, für die Sperrung der Mühlener Brücke ansprechende Maßnahmen vorzusehen.
Herr Pickhardt kann sich als Übergangslösung die Absperrung durch Altstadtpoller vorstellen. Außerdem könne durch die Aufstellung von Sitzbänken die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Weiterhin könne er sich sehr gut eine Projektarbeit in Zusammenarbeit mit der GS Hermannstraße zur farblichen Gestaltung des Asphaltbelages vorstellen. Bepflanzte Blumenkübel schließe er aufgrund des hohen Pflegeaufwandes zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus.
- 8.5 RM Konrads, CDU, spricht wiederholt die fehlende Ampel Kaufland an.
Hierzu liegen der Verwaltung keine neuen Erkenntnisse vor.
- 8.6 Ausschussmitglied Bougé, SPD, informiert die Verwaltung über eine umgefahrenere Laterne in der Poststraße.
Herr Kistermann, FB 2, bedankt sich für den Hinweis und sichert eine Schadensmeldung an die EWW zu.
- 8.7 RM Jussen, SPD, regt die Öffnung des Weihnachtmarktes auch am Freitag an. Er stelle fest, dass der Tourismus in Stolberg erfreuliche Fortschritte mache. Es sei daher schade, wenn Besucher am Freitag einen geschlossenen Weihnachtsmarkt vorfinden.
Herr Pickhardt, FB 1, bedankt sich für den Hinweis und sichert die Weiterleitung an das Fachamt zu.
- 8.8 Der Niederschrift ist die Beantwortung einer Anfrage von RM Jussen im ASVU am 22.11.2012 zu TOP A) 6.1 als Anlage 3) beigelegt.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

- 1.1 Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, bedankte sich Herr Hansen beim Vertreter der Presse, der Verwaltung und den Ausschussskollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im auslaufenden Jahr. Er wünschte allen Anwesenden frohe Feiertage sowie ein gesundes und glückliches Jahr 2013. Die Sitzung wurde um 18:55 Uhr geschlossen.

Josef Hansen
Vorsitzender

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

- Anlage 1) Anwesenheitsliste Sitzung
- Anlage 2) Plan zu TOP 8.1
- Anlage 3) Beantwortung zu TOP 8.8 (betr. Anfrage zu TOP A) 6.1 im ASVU am 22.11.2012)

ANWESENHEITSLISTE

Anlage 1)

zur Niederschrift über die Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**

Sitzungskennziffer: **XVI/ 34**

Tag der Sitzung: **Donnerstag, 13.12.2012**

Sitzung: **Stolberg, Ratssaal**

Dauer der Sitzung: *18.00 Uhr bis 18.55 Uhr*

Unterbrechungen: *keine*

lfd.Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
SPD-Fraktion			
1.)	Hansen, Josef (Vorsitzender)	Kaußen, Paul-Heinz	<i>J. Hansen</i>
2.)	Bougé, Karl-Josef (sk. B.)	Dogan, Gürhan (sk. B.)	<i>Bougé</i>
3.)	Engels, Rolf	Nießen, Hildegard	<i>Engels</i>
4.)	Jussen, Peter (1. stv. Vors.)	Steg, Hildegard	<i>Jussen</i>
5.)	Müller, Wolfgang (sk. B.)	Reitze, Jochem (sk. B.)	<i>Müller</i>
6.)	van Emelen, Harry (sk. B.)	Wolf, Dieter	<i>van Emelen</i>
CDU-Fraktion			
7.)	Blau, Albert (sk. B.)	Schmitz, Wolfgang (sk. B.)	<i>Blau</i>
8.)	Bonnie, Rainer (sk. B.)	Hillinger, Lutz (sk. B.)	<i>Eutendriedigt</i>
9.)	Creyels, Bernhard	Berghausen, Klaus	<i>Creyels</i>
10.)	Hennig, Martin (sk. B.)	Grüttemeier, Gerd (sk. B.)	<i>Hennig</i>
11.)	Kirch, Paul (2. stv. Vors.)	Pietz, Siegfried	<i>P. Kirch</i>
12.)	Konrads, Adolf	Matheis, Kumbert	<i>Konrads</i>
FDP-Fraktion			
13.)	El-Deib, Khaled (sk. B.) <i>v. d. Brück, Rolf</i>	Bins, Hubert (sk. B.)	<i>v. d. Brück</i>

Bündnis 90/Die Grünen

14.) Krings, Katharina ~~Ingermann, Dr.-Fr. Josef~~

Fraktion Die LINKE

15.) Prußeit, Mathias ~~Jilk, Anita~~

Sachkundige Einwohner: (nur beratend)

16.) ~~Metzen, Josef~~ Flamm, Günter

Ka.H. Krings
[Handwritten signatures]
Eutendiedig

Es fehlen (entschuldigt oder unentschuldigt):

1.) H+. Boumei, CDU 3.)

2.) H+. Metzler 4.)

Teilnehmer der Verwaltung:

1.) G./- Amt 63 10.)

2.) E. Geo A61 11.)

3.) FJ-BS 4110 12.)

4.) Logui 30132 13.)

5.) [Signature] FB4 14.)

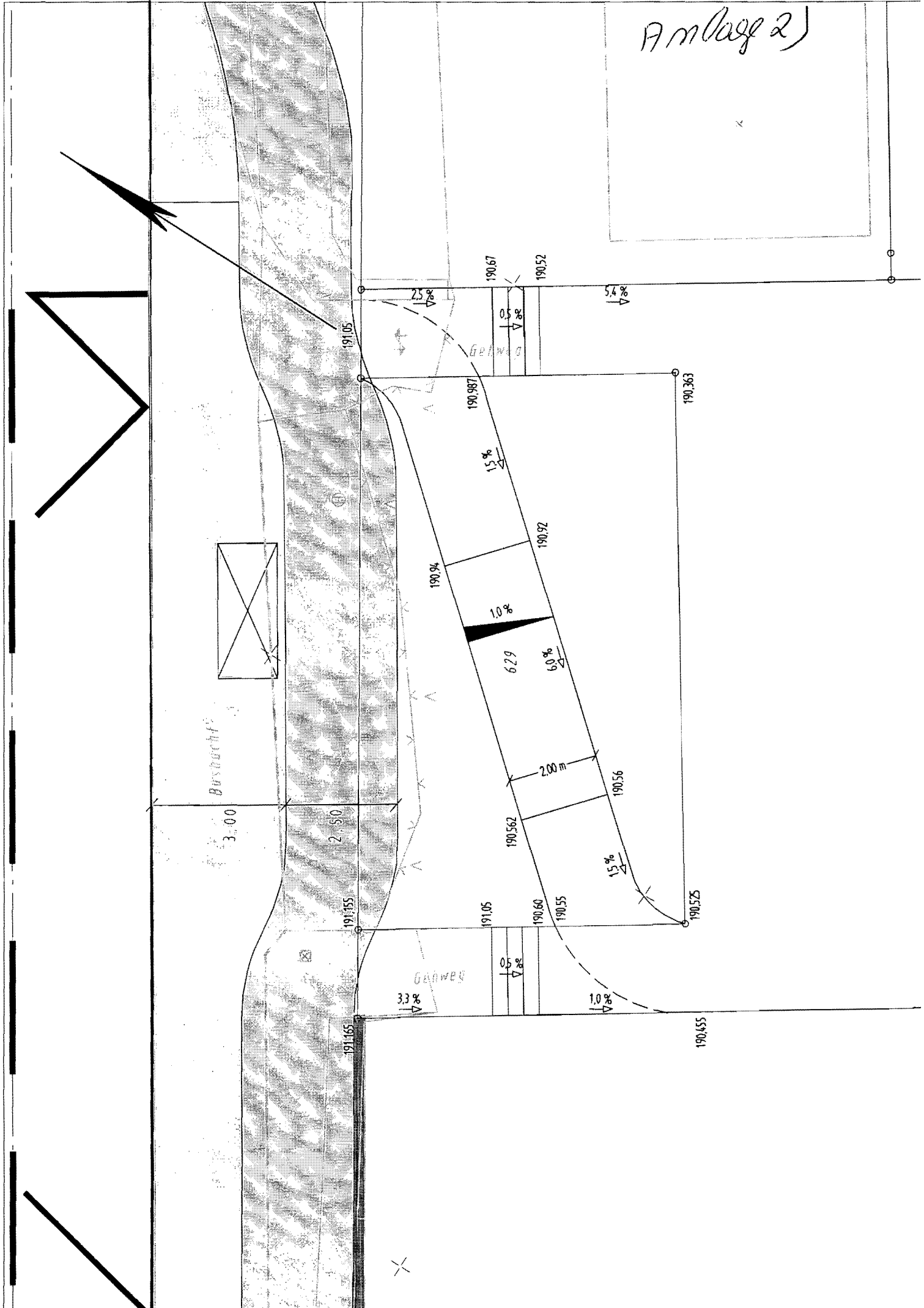
6.) A. Pahlbrock FB1 15.)

7.) [Signature] FB1/61 16.)

8.) [Signature] FB2 17.)

9.) 18.)

A m (page 2)



FOL

Anlage 3)

Fb2/A68
Friedhofsverwaltung

12.12.2012

Stellungnahme zur Anfrage bezüglich Parkflächenerweiterung auf Friedhofsflächen in Schevenhütte.

Die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen, unterhalb des bestehenden Parkplatzes, ist nicht machbar.

Die dafür in Betracht kommende Fläche wird seit einigen Monaten als Urnenreihenflur auf geschlossener Rasenfläche mit liegenden Gedenksteinen genutzt. Zukünftig werden dort auch die Erdreihengräber auf geschlossener Rasenfläche mit liegenden Gedenksteinen angelegt.

Ungeachtet dieses Umstandes wäre die Fläche mit einer maximalen Breite von 8 Metern zu klein um Parkplätze anzulegen.

IC 13.12.12

FD1